

Jahreswirtschaftsbericht Myanmar 2006

TEIL I WIRTSCHAFTSSTRUKTUR UND WIRTSCHAFTSLAGE

I.1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft Myanmar

Myanmar ist ein ressourcenreiches Land mit etwa 54 Millionen Einwohnern an der Schnittstelle zwischen China, Indien und Südostasien. Über seine Mitgliedschaft in regionalen Zusammenschlüssen wie ASEAN, BIMST-EC, der „Economic Cooperation Strategy“ (ECS) und dem Kooperationsprojekt der „Greater Mekong Subregion“ bemüht es sich um wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn. Das wirtschaftliche Potenzial Myanmar, das über Erdgasvorräte, Hölzer, Kupfer, Edelsteine und andere Rohstoffe sowie über große Wasserkraftreserven und umfangreiche landwirtschaftliche Nutzflächen verfügt, erscheint enorm. Nach fünfundvierzig Jahren Militärdiktatur, bis 1988 in Gestalt eines „burmesischen Wegs zum Sozialismus“ und seither in Form einer militärgestützten Günstlingswirtschaft, ist das in den fünfziger Jahren wirtschaftlich viel versprechende Land jedoch zu einem Least Developed Country geworden.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der als „Staatsrat für Frieden und Entwicklung“ (SPDC) bezeichneten Militärjunta hat dafür gesorgt, dass Myanmar in den letzten Jahren auch im regionalen asiatischen Vergleich allmählich den Anschluss verpasst. Zu den wirtschaftlichen Hauptproblemen des Landes gehören staatlicher Interventionismus, ein multiples Wechselkurssystem mit mehr als 200-facher Überbewertung des offiziellen Kurses der Landeswährung, weit verbreitete Korruption, hohe Haushaltsdefizite und Inflationsraten, ein labiles Bankenwesen und bürokratische Hemmnisse in der Landwirtschaft, auf die etwa 40 Prozent des BIP (ohne Forstwirtschaft und Fischerei) entfallen. Hinzu kommt, dass das Land aufgrund seiner schlechten Menschenrechtslage von umfassenden Wirtschaftssanktionen der USA und Konsumentenboykottkampagnen betroffen ist. Die EU hat im Rahmen ihres Gemeinsamen Standpunkts zu Myanmar eine Reihe von gezielteren Maßnahmen gegen die Militärregierung beschlossen. Im jüngsten „Human Development Report“ des VN-Entwicklungsprogramms steht Myanmar auf Rang 130 knapp hinter Kambodscha und vor Laos.

Die Sozialindikatoren Myanmars sind größtenteils ungünstig. Nach Erkenntnissen von UNDP lebt mittlerweile ein Drittel der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze. Laut UNICEF leiden etwa 35 Prozent der Kinder an chronischer Unter- oder Mangelernährung. Besondere Armut herrscht in den schwer zugänglichen Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten an den Grenzen Myanmars sowie in der zentralen Trockenzone, wo landwirtschaftliche Nutzung nur sehr eingeschränkt möglich ist. Andererseits verzeichnen die Vereinten Nationen eine Analphabetenquote von nur etwa 10 Prozent, obwohl die Regierung mit 0,9 Prozent am BIP im internationalen Vergleich (Kambodscha 1,8 Prozent, Vietnam 2,8 Prozent) nur sehr wenig für Bildung ausgibt. Die schlechte sozio-ökonomische Situation hat dazu geführt, dass viele Myanmarer ihr Heil im Ausland suchen. Mittlerweile vermitteln 70 Agenturen myanmarische Arbeitskräfte vor allem in andere südostasiatische Länder und in den Nahen Osten. Die meisten Migranten verlassen das Land jedoch illegal und auf eigene Faust. Allein in Thailand sollen rund eine Million Myanmarer leben.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Situation Myanmars ist zu beachten, dass es kaum verlässliche nationale Statistiken gibt und auch internationale Organisationen wie IWF, Weltbank, UNDP, ADB u. a. nur grobe und oft erheblich von einander abweichende Schätzungen abgeben. Hinzu kommt, dass sich manche der öffentlich zugänglichen Daten auf das Kalenderjahr, andere auf das myanmarische Haushaltsjahr (April bis März des Folgejahres) beziehen und somit nur bedingt vergleichbar sind. Die Regierung veröffentlicht kaum Zahlen über den Staatshaushalt. Auch die Frage nach dem Bruttoinlandsprodukt ist in einem Land, in dem ein großer Teil der Transaktionen im informellen Sektor stattfindet, nur sehr schwer zu schätzen. Sogar die Bevölkerungszahl beruht nur auf einer Schätzung, da es seit 1983 keinen Zensus mehr gegeben hat.

I.2. Struktur der Wirtschaft

Nach wie vor ist die myanmarische Wirtschaft ganz überwiegend agrarisches geprägt, fast zwei Drittel aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig. Subsistenzwirtschaft, Mangel an Düngemitteln, Maschinen und Bewässerungsanlagen, das Fehlen von Krediten und vom Staat niedrig gehaltene Preise für Agrarprodukte sowie administrative Hürden bei der Vermarktung führen zu niedriger Produktivität. Dennoch liegt der Anteil des Primären Sektors am BIP nach Regierungsangaben bei 48 Prozent. Demgegenüber trägt die Industrie lediglich ca. 17 Prozent zum BIP bei, auf Handel und Dienstleistungen entfallen ca. 35 Prozent. Auffällig ist die geringe Veränderung dieser Zahlen über die Jahrzehnte. So lagen die Anteile von Landwirtschaft, Industrie und

Dienstleistungen am BIP 1970 bei jeweils 50 Prozent, 12 Prozent und 38 Prozent. Über die Jahrzehnte gab es also kaum einen Strukturwandel.

Nach der Beendigung des sozialistischen Experiments 1988 haben sich allerdings die Eigentumsverhältnisse im Wirtschaftsgeschehen erheblich gewandelt. So sollen seit 1995 mehr als 200 ehemalige Staatsfirmen privatisiert worden sein. Mitte 2006 wurden Staatsbeteiligungen an weiteren öffentlichen Unternehmen veräußert. Mittlerweile erwirtschaftet der Privatsektor 91 Prozent der Wirtschaftsleistung Myanmars, der Staat nur noch 7 Prozent und die Kooperativen etwa 2 Prozent. Der Einfluss von Staat und Militär auf das Wirtschaftsleben ist gleichwohl bestimmend. So steuert die Militärregierung über Institutionen wie die Trade Commission und die Myanmar Investment Commission (MIC) sowie über ein System von Lizenzvergaben Handel und Investitionen im Land.

Strategische Sektoren der Wirtschaft unterliegen staatlichem Monopol. So kontrolliert die Militärführung über zwei nach myanmarischem Recht privatwirtschaftliche Holdings (Myanmar Economic Cooperation und Union of Myanmar Economic Holdings Ltd.), z. B. einige Banken, den Bergbau, die Stahproduktion und den Handel mit Edelsteinen. Hinzu kommen die den einzelnen Ministerien unterstehenden Staatsfirmen in den Bereichen Agrarwirtschaft, Post und Telekommunikation, Holzwirtschaft, Öl- und Gasförderung, Elektrizitätsgewinnung etc. Die meisten dieser Staatsfirmen arbeiten jedoch stark defizitär und belasten damit den öffentlichen Haushalt. Eine wichtige Rolle spielt die zum Energieministerium gehörende „Myanma Oil and Gas Enterprise“, die mit ausländischen Energieunternehmen (z. B. Chevron, Total, PTTEP, Petronas) Joint Ventures eingegangen ist und über Gasexporte nach Thailand etwa ein Drittel der Exporteinnahmen erwirtschaftet. In Zukunft sollen mit Hilfe koreanischer, indischer, chinesischer und anderer ausländischer Unternehmen auch Gasfelder im Golf von Bengalen erschlossen werden.

I.3. Wirtschaftsklima

Die wirtschaftliche Lage Myanmars ist von Instabilität, schlechtem Investitionsklima, mangelndem Vertrauen von Unternehmen und Konsumenten sowie strukturellen Verzerrungen wie z. B. hohen Haushaltsdefiziten und einem undurchsichtigen Wechselkurssystem geprägt. Rechtssicherheit und Transparenz sind nicht gegeben. Die Bürokratie arbeitet ineffizient, langsam und gilt als hochgradig korrupt (auch wenn die myanmarische Regierung 2006 eine Kampagne für saubere Regierungsführung begonnen hat und zum Beispiel zahlreiche Zollbeamte verhaften ließ). Das Land hält sich im Wesentlichen mit der Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen über Wasser,

ist derzeit jedoch nicht in der Lage, seine Wirtschaft zu modernisieren und sich auf die Bedingungen der Globalisierung einzustellen. Im „Index of Economic Freedom 2006“ der Heritage Foundation wird Myanmar an drittletzter Stelle vor Nordkorea und Iran geführt.

Unberechenbare Entscheidungen und abrupte Kurswechsel kennzeichnen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Unternehmer sind gezwungen, sich gut mit den Behörden zu stellen, um ihre Existenz nicht zu gefährden. Der Militärführung nahe stehende Privatunternehmer („Cronies“) besetzen bei lukrativen Geschäften monopolartige Positionen und zahlen im Gegenzug Tantiemen an führende Juntamitglieder oder werden zu unprofitablen Infrastrukturaufträgen (z.B. Bauaufträge am neuen Regierungssitz Naypyidaw) herangezogen. Wegen veralteter Maschinen und mangelnder Elektrizitätsversorgung in der Industrie, fehlender Düngemittel und Bewässerungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft sowie Kapitalmangel und niedrigem allgemeinem Ausbildungsstand ist auch die Produktivität der myanmarischen Wirtschaft niedrig.

Aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen sind ausländische Investoren bislang (außer in den Bereichen Energie und Tourismus) wenig geneigt, sich in Myanmar zu engagieren. Die innenpolitische Repression in Myanmar und eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen der USA und der EU haben zusätzlich zur Verunsicherung ausländischer Investoren und Handelspartner geführt.

I.4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

Myanmar ist Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation (das frühere Birma war Gründungsmitglied des GATT) und tritt international für Handelsliberalisierung und einen fairen Weltmarkt ein. Mit den asiatischen Nachbarländern arbeitet es in regionalen Zusammenschlüssen wie ASEAN, BIMSTEC (Bangladesch, Bhutan, Indien Myanmar, Nepal, Sri Lanka, Thailand), der „Economic Cooperation Strategy“ (ECS - Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand, Vietnam) sowie dem Kooperationsprojekt der „Greater Mekong Subregion“ zusammen und versucht, von der Dynamik der asiatischen Region zu profitieren. Der Außenhandel des Landes hat in den letzten Jahren als Devisenbringer und Wachstumsmotor eine wachsende Bedeutung gewonnen. Mehr als 70 Prozent der myanmarischen Exporte gehen in die asiatische Region, und etwa 90 Prozent der Importe kommen aus asiatischen Ländern. Die wichtigsten Handelspartner Myanmars sind Thailand, Singapur, China, Indien, Japan und Malaysia.

Seit einigen Jahren weist Myanmar dank stetig steigender Einnahmen aus Gasexporten einen Handelsbilanzüberschuss auf. Er betrug im 2006 nach Angaben des myanmarischen Zolls fast 1,8 Mrd. US-\$ nach ca. 1,9 Mrd. US-\$ im Vorjahr. Die Exporteinnahmen legten von 3,5 auf 4,0 Mrd. US-\$ zu. Ebenso stiegen die Importe von 1,7 Mrd. US-\$ im Jahr 2005 auf 2,2 Mrd. US-\$ im Jahr 2006. Hauptimportgüter sind Kraftstoffe, Maschinen, Stoffe für die Textilwirtschaft, Stahl, Konsumgüter und Pharmazeutika. Exportiert werden neben Erdgas (37 Prozent der Exporteinnahmen) hauptsächlich Agrarprodukte (insb. Bohnen und Hülsenfrüchte), Hölzer, Edelsteine, Bekleidung und Fischereiprodukte. Eine wichtige Rolle spielt der Grenzhandel mit den Nachbarländern, der im Haushaltsjahr 2005/2006 offiziell ein Gesamtvolumen von ca. 940 Mio. US-\$ erreichte. Große Teile des Grenzhandels scheinen jedoch am Zoll vorbei zu laufen und nicht in den Statistiken aufzutauchen. Davon war in der Vergangenheit auch der Löwenanteil der Ausfuhr von myanmarischem Holz nach China betroffen, bis der illegale Holzexport Anfang 2006 auf Druck der Regierungen in Naypyidaw und Peking eingedämmt wurde.

Die Bedeutung der Gasexporte, die jetzt schon mehr als ein Drittel der gesamten Exporteinnahmen ausmachen, wird weiter steigen. Von ausländischen Unternehmen wie PTTEP, Petronas, Total und Chevron und Nippon Oil sowie der myanmarischen MOGE gefördertes Erdgas aus den Yetagun und Yadana-Gasfeldern im Golf von Mottama wird derzeit nach Thailand geliefert. Ferner wollen Indien und China (laut Medienberichten auch Südkorea und Japan) künftig größere Mengen Erdgas aus neuen myanmarischen Offshore-Feldern importieren. Diese Gasfelder liegen im Golf von Bengalen vor der Küste des Rakhine Staats und sollen durch Unternehmen aus Korea (Daewoo, KOGAS), Indien (ONGC Videsh, GAIL), China (CNPC), Singapur und anderen Ländern erschlossen werden. Um die Nutzung des Gases vor der Rakhine-Küste ist vor allem ein Wettlauf zwischen Indien und China entstanden. Zur Zeit wird die Machbarkeit von Pipelines geprüft, die entweder von der myanmarischen Küste in den indischen Nordosten oder ins chinesische Yunnan führen würden. Eine weitere Option ist die Verflüssigung des Erdgases (LNG) und seine Verbringung mit Schiffen in die Abnehmerländer. Indien beispielsweise erwägt eine Schiffsroute für das geförderte Erdgas vom myanmarischen Hafen Sittwe (der mit indischer Unterstützung modernisiert werden soll) über den Kaladan-Fluss nach Mizoram. Noch hat sich die myanmarische Regierung nicht öffentlich für eine der verschiedenen denkbaren Lösungen entschieden. Insgesamt soll Myanmar über Gasreserven von 2,46 Mrd. Kubikmetern verfügen, von denen etwa 500 Mrd. Kubikmeter als förderbar gelten.

Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Myanmar blieb seit Mitte der neunziger Jahre auf niedrigem Niveau. Betrug die genehmigten Investitionen vor der

Asienkrise 1996/1997 noch 2,8 Mrd. US-\$, so gingen sie in den darauf folgenden Jahren beständig zurück und lagen im Haushaltsjahr 2004/2005 bei 158,3 US-\$. 2005/2006 schnellten die genehmigten Auslandsinvestitionen auf über 6 Mrd. US-\$ in die Höhe, was jedoch an einem einzigen Projekt, dem geplanten Staudamm- und Wasserkraftvorhaben (7.100 MW) von Tasang am Salween-Fluss liegt. Dort will Thailand in den nächsten Jahren 6,03 Mrd. US-\$ investieren, um seine eigene Elektrizitätsversorgung langfristig zu sichern. In der Region ansässige ethnische Minderheiten und ausländische Menschenrechtsgruppen kritisieren das Projekt scharf, da sie die Zerstörung der Flusslandschaft und die Vertreibung von Dorfbewohnern befürchten. Weitere Investitionen wurden 2005/2006 vor allem für die Gasexploration (Indien und Thailand) und den Bergbau (China) genehmigt. Auf den Energiesektor entfällt der Löwenanteil des bisherigen FDI-Bestands. Die Erschließung der neuen Offshore-Gasfeldern im Golf von Bengalen wird zu weiteren Direktinvestitionen in diesen Bereich führen. 2005/2006 flossen keine neuen FDI in die verarbeitende Industrie, die Landwirtschaft und den Tourismus. Mit der geplanten Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen im ganzen Land will die myanmarische Regierung künftig mehr ausländisches Kapital für den industriellen Sektor einwerben. Den größten Anteil am gesamten genehmigten FDI-Bestand Myanmars von 13,8 Mrd. US-\$ haben bislang Thailand und Singapur.

I.5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung und konjunkturelle Lage

Die Regierung behauptet seit Jahren enorme BIP-Wachstumswahlen von über 13 Prozent (2006: 13,2 Prozent; 2005: 13,6 Prozent), womit Myanmar die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Welt wäre. Die Realität sieht nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter jedoch anders aus. Nach Jahren der Stagnation in der Folge der Bankenkrise von 2003, ist laut IWF und EIU (Economist Intelligence Unit) seit 2005 immerhin wieder ein bescheidenes reales Wachstum von etwa 3-5 Prozent zu verzeichnen. Dafür sind vor allem deutlich gestiegene Exporterlöse aus dem Geschäft mit Erdgas, aber auch mit Hölzern und Agrargütern verantwortlich. Über die Binnenkonjunktur gibt es kaum verlässliche Angaben. Von staatseigenen Firmen veröffentlichten Zahlen über die Produktion von Gütern wie Zement, Papier, Düngemittel, Stoffe, Öl und Gas etc. sowie der Elektrizitätsverbrauch der Industrie legen allerdings ein Wachstum im einstelligen Bereich nahe.

Das BIP pro Kopf in US-\$ ist kaum zu beziffern (in der Landeswährung wird das BIP pro Kopf mit 225.000 Kyat im Jahr angegeben). Schätzungen reichen von 150 US-\$ pro Kopf und Jahr (Heritage Foundation) bis zu 1.500 US-\$ nach Kaufkraftparitäten (UNDP). Andere Quellen sprechen von ca. 200 US-\$ pro Kopf und Jahr. Derartige

Angaben sind freilich höchst spekulativ. Das Pro-Kopf-BIP Myanmar wird jedenfalls in allen Schätzungen konstant an letzter Stelle im ASEAN-Verbund gesehen. Arbeitslosenzahlen werden in Myanmar nicht veröffentlicht. Der Anteil der Unterbeschäftigten wird jedoch von nicht-staatlichen Beobachtern bei 35 Prozent der Gesamtbeschäftigten vermutet. Ein großer Teil von ihnen dürfte im informellen Sektor arbeiten. Auch das Tagelöhnertum ist weit verbreitet.

Durchschnittliche myanmarische Familien geben ca. 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, ein Wert der weit über den entsprechenden Anteilen in vergleichbar armen Ländern wie Bangladesch (52 Prozent), Kambodscha (57 Prozent) und Laos (61 Prozent) liegt. Für Investitionen in Bildung und Gesundheit bleibt wenig übrig. Das Wohlstandsgefälle zwischen der kleinen Oberschicht und dem Rest der Gesellschaft wächst. Nach anekdotischen Eindrücken gleitet ein erheblicher Teil der früheren Mittelschicht in die Armut ab, da die Einkommen nicht mit dem ständig steigenden Preisniveau mithalten.

Die Verbraucherpreise zogen zuletzt weiter kräftig an. Die myanmarische Central Statistical Organisation (CSO) veröffentlichte Ende 2006 eine Inflationsrate von 16,3 Prozent (year on year). Die IWF-Schätzungen für das Haushaltsjahr 2006/2007 liegen sogar bei etwa 40 Prozent. Für 2005/2006 gab der IWF noch eine Teuerungsrate von 12,6 Prozent an. Die Geldmenge M1 wuchs 2006 nach IWF-Informationen um 27 Prozent. Die staatliche Haushaltsdefizit wird traditionell von der Notenbank finanziert, die damit für weitere Inflationsschübe sorgt. Hinzu kommen abrupte Entscheidungen der Regierung wie die im Oktober 2005 verfügte Anhebung der bis dahin stark subventionierten Kraftstoffpreise um das Achtfache und die Multiplizierung der Gehälter im öffentlichen Dienst um das (je nach Gehaltsstufe) 5- bis 12-fache im April 2006. Eine Anhebung des Leitzinses um 2 Prozent im April 2006 sollte offenbar dazu dienen, die inflationären Effekte dieser Maßnahmen abzumildern. Der Schwarzmarktkurs der Währung (Kyat) blieb - auch dank der steigenden Währungsreserven - in den letzten Monaten relativ stabil bei etwa 1.300 Kyat zum US - \$. Längerfristig betrachtet sinkt der „Außenwert“ des Kyat jedoch kontinuierlich ab und spiegelt damit das mangelnde Vertrauen in die myanmarische Währung und Volkswirtschaft.

I.6. Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland leidet unter den ungünstigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Aufgrund des schlechten Investitionsklimas haben in den letzten Jahren mehr deutsche Firmen

Myanmar verlassen, als sich neu dort engagiert haben. In einzelnen Bereichen scheinen sich aber in letzter Zeit – auch aufgrund der verbesserten Exporteinnahmen Myanmars - Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen zu bieten. Dabei handelt es sich z. B. um Bestellungen von Maschinen durch myanmarische Staatsunternehmen und um mögliche Aufträge im Energiesektor (vor allem Wasserkraft). Auch die Tourismusbranche hat 2006 gute Ergebnisse erzielt. Deutsche Reisende (18.000 im Jahr 2006) sind mittlerweile die größte Gruppe unter den westlichen Touristen. Der in Hamburg ansässige Ostasiatische Verein (OAV) unterhält eine Repräsentanz in Rangun, um interessierte deutsche Unternehmen zu unterstützen. Im Februar 2006 besuchte eine Unternehmerdelegation des OAV Myanmar, um mögliche Geschäftsfelder zu erkunden. Weitere Wirtschaftsdelegationen sind für Ende 2007 angemeldet.

2006 gingen deutsche Exporte im Wert von 32 Mio. Euro nach Myanmar (Vorjahr 26 Mio. Euro). Der Wert der deutschen Importe aus Myanmar belief sich auf 102 Mio. Euro (Vorjahr 91 Mio. Euro). Trotz dieser niedrigen Zahlen ist Deutschland nach myanmarischen Angaben der mit Abstand wichtigste Handelspartner in Europa. Deutschland importiert aus Myanmar vor allem Bekleidung sowie forst- und landwirtschaftliche Erzeugnisse, während Myanmar im Wesentlichen Maschinen, Mess- und Regelungstechnik, chemische Produkte und Textilien/Stoffe bezieht.

Der deutsche Investitionsbestand in Myanmar liegt bei nur etwa 15 Mio. US-\$. Weitere Investitionen wurden in den letzten Jahren nicht getätigt. Angesichts der politischen Lage stehen Hermes-Bürgschaften und WZ-Mittel für Myanmar nicht zur Verfügung. Deutschland, einstmals zweitgrößter bilateraler Geber von Entwicklungshilfe nach Japan, stellte die Zusammenarbeit mit Myanmar nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1988 ein. Zwischen Deutschland und Myanmar gibt es zudem keinen Investitionsschutzvertrag und kein Doppelbesteuerungsabkommen.

TEIL II WIRTSCHAFTSPOLITIK

II.1. Fiskal- und Geldpolitik, Finanzsektor

Die myanmarische Regierung veröffentlicht kaum Daten über den Staatshaushalt. Laut IWF gehören chronisch hohe Haushaltsdefizite seit langem zu den Strukturproblemen des Landes. Im vergangenen Jahr wurden steigende Ausgaben, z. B. für die Lohnanhebungen im öffentlichen Dienst und für den Bau der neuen Hauptstadt, teils durch Einnahmenverbesserungen aufgefangen. So erzielte die Regierung im

Haushaltsjahr 2005/2006 deutlich höhere Steuereinnahmen als im Vorjahr (nominell + 60 Prozent), stopfte Steuerschlupflöcher, hob die Elektrizitätspreise an und strich verschiedene Subventionen für Staatsbedienstete. Zudem konnte sie Mitte 2006 Anteile an elf staatseigenen Betrieben verkaufen. 2005/2006 lag der Anteil der Staatseinnahmen am BIP laut IWF bei 6,1 Prozent. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP sank 2005/2006 gegenüber dem Vorjahr von 11,2 Prozent auf 9,9 Prozent. Das Haushaltsdefizit fiel von 4,7 Prozent im Vorjahr auf 3,8 Prozent. Trotz dieser positiven Entwicklung bleibt das myanmarische Haushaltsdefizit eines der höchsten in der südostasiatischen Region. Eine große Belastung für den Haushalt sind die hohen Ausgaben (19 Prozent des Budgets) für die Streitkräfte, welche die Ausgaben für den Sozialbereich (kapp 11 Prozent) deutlich übersteigen. Die Regierung finanziert ihre Haushaltsdefizite im Wesentlichen durch die Zentralbank und zu einem geringeren Maße durch inländische kommerzielle Banken. Die internationalen Finanzinstitutionen haben seit 1988 keine Kredite mehr an Myanmar vergeben. Die EU und die USA gewähren zur Zeit über humanitäre Hilfe hinaus keine technische und finanzielle Zusammenarbeit.

Die Zentralbank untersteht dem Finanzministerium und ist daher nicht in der Lage, eine unabhängige Geld- und Kreditpolitik durchzusetzen, für Preisstabilität zu sorgen und zu einem funktionierenden Finanzsystem beizutragen. Die Zinsen wurden im April 2006 leicht angehoben und betragen nun 12 Prozent Zentralbankrate, 17 Prozent für Kredite bei kommerziellen Banken und 12 Prozent auf Sparguthaben. Aufgrund der hohen Inflation liegen diese Zinssätze jedoch real im negativen Bereich. Der Grund für die niedrigen Sätze liegt darin, dass die Regierung die Kosten für die Staatsverschuldung niedrig halten will. Negative Realzinsen führten jedoch schon in vergangenen Jahren zu geringen Bankeinlagen und zum Aufblühen von illegalen Pyramidensparkonstruktionen, die 2003 eine Bankenkrise auslösten.

Der Finanzsektor ist nur schwach entwickelt. Es gibt 17 private Banken und eine Reihe von staatlichen Instituten. Der mit Abstand größte Kreditnehmer in Myanmar ist der Staat. Langfristige Kredite für industrielle Entwicklung und auch Kleinkredite für die Landwirtschaft sind kaum erhältlich. Die Regierung beschränkt den Zugriff auf Bankeinlagen und verlangt von den Privatbanken hohe Einlagensicherungen. 2005 veranlasste die Regierung die Schließung von zwei Privatbanken, die in Geldwäscheaktivitäten verwickelt gewesen sein sollen. Im Oktober 2006 strich die

Financial Action Task Force (FATF) Myanmar daraufhin (als letztes Land) von der Liste der „non-cooperative countries“.

Auch die US-amerikanischen Finanzsanktionen stellen die myanmarische Wirtschaft vor Probleme. Selbst viele Banken aus Drittstaaten haben ihre Dollar-Transaktionen mit Myanmar eingestellt, um ihr Amerikageschäft nicht zu gefährden. In Myanmar tätige Unternehmen sind aus diesem Grund dazu übergegangen, ihre Import- und Exportgeschäfte wenn möglich in Euro anstatt in US-Dollar abzuwickeln.

II.2. Strukturpolitik

Die myanmarische Regierung misst Infrastrukturprojekten einen hohen Stellenwert für die Entwicklung des Landes bei. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die Staatspresse Repräsentanten der Militärregierung bei der Einweihung von Straßen, Brücken oder Staudämmen zeigt. Vor allem in die Nutzbarmachung der Wasserkraft will Myanmar künftig noch stärker investieren, um seine Energieenpässe in den Griff zu bekommen und überschüssige Elektrizität ins benachbarte Ausland zu exportieren. Derzeit sind laut myanmarischer Regierung fünfzehn neue Anlagen im Bau. Die Weltbank schätzt das gesamte Wasserkraftpotenzial des Landes auf 108.000 Megawatt. Auch die Verkehrsinfrastruktur soll verbessert werden. So wird 2007 die Erweiterung des Flughafens von Rangun fertig gestellt werden, auf dem auch größere Flugzeuge landen können. Dies ist auch eine Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Tourismus.

So positiv diese Ansätze zu bewerten sind, besteht bei der Regierung doch ein Hang, die Wirtschaft vor allem mit prestigeträchtigen Großprojekten steuern zu wollen und darüber die schlechten Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen und für die vielen landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu vergessen. Zum Beispiel wird auf Geheiß der Regierung seit 2005 die Purgiernuss (*Jatropha curcas* – „physic nut“) großflächig im ganzen Land angebaut. Daraus hofft Myanmar künftig hausgemachten Biodiesel herzustellen, obwohl die dafür nötige Technologie zur Filterung und Verarbeitung des gewonnenen Öls noch gar nicht im Land verfügbar ist. Trotz aller Kraftanstrengungen bleibt die allgemeine Infrastruktur (Telekommunikation, Energieversorgung, Verkehrsverbindungen) insbesondere außerhalb der großen Städte unterentwickelt und damit ein großes Investitionshindernis. Selbst in Rangun kommt es

in den meisten Stadtvierteln zu stundenlangen täglichen Stromausfällen, so dass die Industrie, touristische Einrichtungen und Haushalte sich mit Dieselgeneratoren behelfen. Myanmar produziert z. Zt. nur etwa 50 Prozent der im Land benötigten Energie.

Zur Entwicklung des Landes hat die Regierung einen Dreißigjahresplan von 2001 bis 2031 aufgestellt, der wiederum aus einzelnen Fünfjahresplänen besteht. Mit diesen Plänen strebt Myanmar an, bis 2015 ein vergleichbares Industrialisierungsniveau wie die anderen ASEAN-Staaten zu erreichen und bis 2031 die westlichen Industriestaaten einzuholen. Die Ziele erscheinen angesichts der genannten strukturellen Wirtschaftsprobleme des Landes sehr hoch gegriffen. Die Regierung hat sich eine systematischere Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen, eine intensivere Nutzung der Landwirtschaft und die Einrichtung einzelner Sonderwirtschaftszonen („SEZ“) vorgenommen. Insgesamt sollen sechs solcher SEZs eingerichtet werden: der Hafen von Thilawa bei Yangon und Kyaukphyu im Rakhine Staat (von China unterstützte Projekte) sowie Hpa-an, Mawlamyaing und Myawaddy (für Investitionen aus Thailand) und Pyin Oo Lwin, wo auch ein Technologiepol („Yadanabon Myothit“) entstehen soll. Noch 2007 will die myanmarische Regierung ein Gesetz über Sonderwirtschaftszonen verabschieden, das die Bedingungen für die Ansiedlung ausländischer und lokaler Unternehmen in den SEZs regelt.

Im größeren regionalen Zusammenhang beteiligt sich Myanmar zudem an Vorhaben zum Ausbau „wirtschaftlicher Korridore“ auf der Nord-Süd und der Ost-Westachse durch Südostasien, die im Rahmen des Kooperationsprojekts der „Greater Mekong Subregion“ konzipiert wurden und von der ADB unterstützt werden. Dazu gehört auch der geplante Bau eines „Trans-Asian Highway“ bis 2008. Mit China wird zudem über den Bau einer Gaspipeline (s. o.) und die Errichtung eines „Kunming-Mandalay-Bucht von Bengalen-Entwicklungskorridors“ verhandelt. Auch Indien hat erhebliche wirtschaftliche und strategische Interessen in Myanmar. So wurde beim Staatsbesuch des indischen Präsidenten Kalam in Myanmar und zahlreichen nachfolgenden bilateralen Begegnungen 2006 über gemeinsame Projekte wie die Ausbeutung der Gasvorkommen Myanmars, den Ausbau des Hafens von Sittwe im Rakhine-Staat und die Zusammenarbeit in Technologiefragen diskutiert.

II.3. Verschuldung und Wechselkurspolitik

Die Auslandsschulden Myanmars liegen bei ca. 7 Mrd. US-\$ (etwa 60 Prozent des BIP), fast die Hälfte davon sind in Verzug. ADB- und Weltbankkredite werden nicht bedient. Das Land nimmt nicht an der HIPC-Entschuldungsinitiative teil. Die Bruttodevisenreserven beliefen sich Ende 2006 dank der Erlöse aus dem Erdgasexport auf rund 1 Mrd. US-\$, was dem Einfuhrbedarf von 5,6 Monaten entspricht. Der Zugang Myanmars zu internationalem Kapital bleibt beschränkt. Das Land erhält zur Zeit keine Unterstützung von den Internationalen Finanzinstitutionen und keine nennenswerte Entwicklungshilfe. Die internationalen Geber haben ihre EZ-Programme aufgrund der innenpolitischen und menschenrechtlichen Situation suspendiert und gewähren nur beschränkte humanitäre Unterstützung. Kredite (auch „soft loans“) bekommt Myanmar jedoch aus China und aus Thailand. Laut Medienberichten erließ China Myanmar Ende 2006 Altschulden in von 30 Mio. US-\$.

Die myanmarische Währung Kyat ist nicht konvertibel. Kyats und die von der Regierung als US-Dollar-Äquivalent eingeführte Kunstwährung FEC (Foreign Exchange Certificate) dürfen nicht aus Myanmar ausgeführt werden. Die Regierung kontrolliert sämtlichen Zufluss und Abfluss von Kapital. Der offiziell geltende Wechselkurs des Kyat von 1 US-\$ zu ca. 6 Kyat ist technisch an die Sonderziehungsrechte beim IWF gekoppelt und ist von Staatsfirmen für Buchungszwecke anzuwenden. Für die Bemessung von Importzöllen wird ein Wechselkurs von 1:450 (beim Grenzhandel 1:850) angewandt. Daneben gibt es einen Schwarzmarktkurs von derzeit etwa 1:1300, der auch bei den meisten Handelsgeschäften benutzt wird und erheblichen Fluktuationen unterliegt. Das allgemeine Vertrauen in den Wert und die Stabilität des Kyat ist sehr gering, so dass sich der US-Dollar als Parallelwährung fest etabliert hat.

Das multiple Wechselkurssystem verzerrt die wirtschaftlichen Transaktionen, schwächt die Steuereinkünfte und Devisenreserven des Staates und lädt zur Korruption buchstäblich ein. Der IWF fordert daher eine graduelle Vereinheitlichung des Wechselkurssystems zu einem marktnäheren Kurs. Eine solche Maßnahme würde u. a.

auch die Exporte ankurbeln und über höhere Zolleinnahmen die Staatsfinanzen verbessern.

II.4. Umsetzung von IWF-unterstützten Reformprogrammen

Myanmar ist seit 1952 Mitglied des IWF und der Weltbank, die ihre finanzielle Unterstützung für das Land jedoch suspendiert haben. Die Weltbank hat seit 1987 keine neuen Kredite für das Land bewilligt, das seine Schulden derzeit nicht bedient. IWF und Weltbank führen jedoch regelmäßige bilaterale Gespräche mit der myanmarischen Regierung, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu analysieren und Empfehlungen abzugeben. Die letzten Art. IV-Konsultationen des IWF mit der myanmarischen Regierung fanden im Juli 2006 statt.

II.5. Zusammenfassende Bewertung, Perspektiven

Myanmar verlässt sich seit jeher auf sein Potenzial als Agrarland mit reichen natürlichen Ressourcen. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP beträgt seit Jahrzehnten etwa 50 Prozent des BIP, und die Exportwirtschaft bleibt im Wesentlichen auf die Ausfuhr von Erdgas, Hölzern und anderen Rohstoffen sowie Agrarprodukten und Bekleidung beschränkt. Die Nutzbarmachung von Ressourcen wie zum Beispiel der großen Wasserkraftreserven und der Aufbau physischer Infrastruktur mögen wichtig sein, sie werden Myanmar den von der Regierung propagierten Aufstieg zu einem „neuen, modernen, entwickelten Land“ jedoch nicht verschaffen können.

Für eine langfristige Entwicklung wäre es entscheidend, dass Myanmar weitaus mehr als bisher in die Ausbildung seiner Menschen investiert. Bislang liegen die Ausgaben in diesem Bereich mit 0,9 Prozent am BIP weit unter dem Niveau anderer Länder vergleichbaren Entwicklungsstands. Zudem müssten geeignete institutionelle Mechanismen und rechtliche und administrative Rahmenbedingungen zur Förderung der wirtschaftlichen Aktivität und für eine effektive makroökonomische Steuerung geschaffen werden. Die bisherige erratische Politik von unkoordinierten Einzelmaßnahmen der Regierung hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Weitere Herausforderungen für die Regierung sind die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Bekämpfung der Inflation und die Vereinheitlichung des Wechselkurssystems.

In der Landwirtschaft, von der mindestens zwei Drittel der Bevölkerung abhängen, wird der Akzent bislang vor allem auf die Ausdehnung der Nutzflächen und die Durchführung von landesweiten Großprojekten wie den Anbau der Purgiernuss oder von Gummibäumen gesetzt. Nötig wäre eine Verbesserung der Produktivität durch eine Landreform, die Gewährung von Kleinkrediten an Bauern, die Verbesserung des Saatguts, den Einsatz von Düngemitteln, Bewässerungsanlagen und landwirtschaftlichen Maschinen sowie die Aufhebung von Vermarktungs- und Handelsrestriktionen.

Entwicklungsfähig ist auch die Industrie, auf die bislang etwa ein Sechstel des BIP entfällt. Sie leidet ebenfalls unter veralteter Ausrüstung, Kapitalmangel und fehlendem Know-how. Die Suspendierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar und der Ausschluss des Landes von Krediten internationaler Banken macht sich zusätzlich negativ bemerkbar. Mit der Entwicklung arbeitsintensiver Industrien für den Export könnte Myanmar versuchen, den wirtschaftlichen Anschluss zu schaffen. Es ist in diesem Zusammenhang bedauerlich, dass die Entwicklung der Textil- und Bekleidungsindustrie durch die 2003 beschlossenen amerikanischen Handelssanktionen erheblich gebremst wurde und zahlreiche Arbeitnehmer in dieser Branche ihren Arbeitsplatz verloren.

Wirtschaftsdatenblatt Myanmar

Stand: März 2007

Ländername	Union Myanmar
Einwohner in Millionen	54
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	circa 12 Milliarden US\$
BIP pro Kopf der Bevölkerung	circa 220 US\$
reales Wachstum BIP in Prozent (Vorjahr)	
offiziell	13,2 (13,6)
IWF-Schätzung	3 (5)
Preissteigerungsrate in Prozent (Vorjahr)	
offiziell	16,3 (9,4)
IWF-Schätzung	40 (12,6)
Umfang der Staatsausgaben in Prozent des BIP	9,9 (11,2)
Saldo des Staatshaushalts in Prozent des BIP	- 3,8 (- 4,7)
Außenwirtschaft	
Import in US-Dollar (Vorjahr)	2,2 Milliarden US\$ (1,7 Milliarden US-D)
Export in US-Dollar (Vorjahr)	4,0 Milliarden US\$ (3,5 Milliarden US-D)
Saldo Leistungsbilanz in Prozent des BIP (Vorjahr)	1,5 (1,3)
Stand internationaler Verschuldung	7,1 (7,2) Milliarden US\$
Schuldendienst in Prozent des BIP	2,2 (2,5)
Bilaterale Beziehungen	
Export nach Deutschland (Vorjahr)	102 Millionen Euro (91 Millionen Euro)
Import aus Deutschland (Vorjahr)	32 Millionen Euro (26 Millionen Euro)
Akkumulierter Bestand deutscher Direktinvestitionen im Gastland	ca. 15 Millionen US\$
Nettozufluss deutscher Direktinvestitionen (Vorjahr)	keine
Investitionsschutzabkommen	nein
Doppelbesteuerungsabkommen	nein
Finanzbeziehungen, deutsche Leistungen (Entwicklungshilfe, Ausrüstungshilfe, Umschuldungen)	Entwicklungszusammenarbeit eingestellt seit 1988, keine Ausfuhrleistungsgewährleistungen, kein Schuldenerlass

(Quellen: Internationaler Währungsfonds, Economist Intelligence Unit, Myanmar Customs Department, Statistisches Bundesamt, Schätzungen der Botschaft)